



Asyl-Aufstand in den Gemeinden

Der Zustrom von Flüchtlingen gefährdet den Frieden im Land.
Vielorts formiert sich Widerstand, die Hilfsbereitschaft sinkt.

Hubert Mooser



Asylunterkunft im historischen Stadtteil:

Gästehaus des Klosters St. Ursula in Brig.



Kaspar Jodok Stockalper, Unternehmer und Renaissance-Fürst aus dem Oberwallis, würde sich wundern: SP-Staatsrat Mathias Reynard, der kantonale Sozialdirektor, will eine von dessen Hinterlassenschaften im historischen Kern von Brig und in unmittelbarer Nähe zum bekannten Stockalperschloss (laut Tourismusbüro Sehenswürdigkeit Nummer 26) für sechs Millionen Franken aufkaufen und darin ukrainische Flüchtlingsfamilien und Asylsuchende aus aller Welt unterbringen.

Es geht um das Gästehaus des Klosterkomplexes St. Ursula. Baron Stockalper soll es im 17. Jahrhundert für eine seiner Töchter erbaut haben. Heute ist es im Besitz der Ursulinen-Nonnen. Doch die Schwestern sind in die Jahre gekommen und möchten das Haus verkaufen. Und nun ist in Brig der Teufel los.

Denn das Thema Asylunterkünfte ist heikel, es ist Wahljahr, es fehlt nicht an Emotionen, aber an praktikablen Lösungen – und manchmal auch an gesundem Menschenverstand. Wie kommt man nur auf die Idee, im touristisch attraktiven alten Stadtteil von Brig eine Asylunterkunft zu eröffnen?

Warnmeldung aus Bern

Die grosse Solidaritätswelle für die Ukraine ist abgeebbt, wie die *Sonntagszeitung* jüngst feststellte, die Gemeinden ächzen landesweit unter dem grossen Zustrom an Flüchtlingen und Asylsuchenden. Die Zahlen für das verflossene Jahr 2022 sind eindrücklich: 75 000 Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine, weitere 25 000 Asylsuchende aus anderen Weltgegenden – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr.

Und es ist kein Ende in Sicht. Das Staatssekretariat für Migration verschickte Anfang Jahr eine Art Warnmeldung: Man müsse mit 25 000 bis 40 000 Asylgesuchen rechnen.

Der Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann, Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes, spricht von einer «grossen Herausforderung». Die Flüchtlingswelle sei von heute auf morgen über die Gemeinden hereingebrochen, sie hätten keine Vorbereitungszeit gehabt. Der Direktor des Gemeindeverbandes, Christoph Niederberger, ergänzt: «Wir haben ein Mengen-, kein Systemproblem.»

Kantone und Gemeinden wirken dementsprechend überfordert. Luzern und Aargau haben gar den Notstand ausgerufen. Aus Angst davor, dass die Solidarität mit den Flüchtlingen erodieren könnte, stellen sich die Behörden

bei der Suche nach Unterbringungsplätzen zuweilen auch höchst ungeschickt an und operieren zeitweilig im Halbdunkeln.

Das konnte man auch in Brig beobachten. Der Gemeinderat und die Öffentlichkeit wurden nie offiziell vom Kanton über seine Kauf- und Nutzungsabsichten informiert. Es gibt dazu eine Anekdote: Staatsrat Reynard habe den Briger Stadtpräsidenten Mathias Bellwald bei einem Kaffee mit den Nonnen des Klosters St. Ursula mündlich und auf

Französisch über seine Pläne orientiert. Der Stadtpräsident, der offenbar kaum Französisch spricht, habe aber nur Bahnhof verstanden.

Es gibt jedenfalls kein Protokoll und keine Korrespondenz über dieses Treffen – was der Briger Stadtrat Michael Graber, der für die SVP im Nationalrat sitzt, weniger lustig findet. Er wirft die rhetorische Frage auf: «Ist dies die Art, wie der Kanton seinen Verpflichtungen nachkommt?» Graber spielt dabei auf ein Gesetz an, gemäss dem der Staatsrat die Gemeinden über eine geplante Unterkunft für Personen aus dem Asylbereich vorab informieren muss. Stattdessen erfuhren die Briger davon aus einer Pressemitteilung, die der Kanton interessanterweise über die Weihnachtstage verschickte.



«Mengenproblem»:
Christoph Niederberger.



Aufgeschreckt durch diese Meldung, brachte Graber den Deal zwischen dem Kanton Wallis und den Ursulinen-Nonnen im Stadtrat zur Sprache. Als einer von wenigen Politikern hatte er auch den Mut, sich öffentlich gegen die geplante Umnutzung des «Marienheims» (so hiess das Gästehaus früher) zur Wehr zu setzen. Viele in Brig denken jedoch wie Graber, das zeigte sich bei einer vom Stadtrat in Windeseile organisierten Gemeindeversammlung. 800 Bürger marschierten auf, eine Rekordbeteiligung.

Landesweite Empörung

Die Versammlung beschloss, wie von Graber vorgeschlagen, das Gebäude selber zu kaufen – um es dann dem Kanton zu vermieten. «So könnten wir die Spielregeln diktieren und die Übung abrechnen, wenn statt Frauen und Kindern aus der Ukraine Asylsuchende aus Nordafrika oder Afghanistan im Briger Stadtzentrum untergebracht werden sollen», so

Es fehlt nicht an Emotionen, aber an praktikablen Lösungen – und an gesundem Menschenverstand.

Graber. Nur kam der Entscheid zu spät, der Deal zwischen dem Kanton und den Nonnen ist inzwischen besiegelt. Reynard wird sich aber gut überlegen müssen, ob er im Gästehaus auch abgewiesene Asylbewerber oder bloss ukrainische Frauen und Kinder unterbringen will, wenn er keinen weiteren Aufstand der Briger Bürger riskieren will.

Auch anderswo verschärft sich die Debatte über die Unterbringung von Asylsuchenden. Der Fall Windisch im Aargau sorgte tagelang und landesweit für Empörung. 49 Mieter einer Liegenschaft erhielten die Kündigung, damit der Kanton dort Asylsuchende einquartieren kann. Wie in Brig wurde die Übung an der Gemeinde vorbei aufgegleist. Schweizer auszuquartieren, um Asylsuchende dort zu logieren, sei die schlimmste Entscheidung, die man treffen könne, kriti-

sierte SVP-Präsident Marco Chiesa den Entscheid von Parteikollege Jean-Pierre Gallati, dem zuständigen Aargauer Regierungsrat.

In Seegräben ZH muss ein Mieter Asylsuchenden Platz machen. Im Kanton Schwyz wollte die Gemeinde Galgenen die Dorfvereine aus ihren Übungslokalen rauswerfen. Dagegen formierte sich Protest, am Ende musste die Behörde zurückkriechen.

Fehlentwicklung geht weiter

In Mettmenstetten ZH regt sich erbitterter Widerstand, weil die Gemeinde über eine Million Franken für eine Wohnung für Asylsuchende bezahlen will. Der Gemeinderat von Bonstetten ZH will zur Unterbringung von Asylsuchenden ein Haus für 1,2 Millionen Franken kaufen. In Meggen LU soll ein Containerdorf für Kriegsgeflüchtete entstehen – trotz Einsprachen von Anwohnern. Seit der Kanton Aargau plant, die unterirdische Sanitätsnotstelle im Spital und Pflegeheim in Leuggern für einen Bezug durch Asylsuchende vorzubereiten, formiert sich auch in dieser Gegend Protest gegen diese Umnutzungspläne.

Brig, Windisch, Seegräben, Mettmenstetten, Bonstetten, Meggen – für alt Bundesrat Christoph Blocher sind das die Folgen einer jahrelangen illusionären Asylpolitik, die mit Schengen/Dublin auch einen Namen habe. Und die Fehlentwicklung gehe weiter. «Höchste Zeit, etwas dagegen zu unternehmen. Es wäre einfach», so Blocher. Zum Beispiel durch die Kündigung der Schengen/Dublin-Abkommen. Wegen dieser Verträge darf die Schweiz ihre Grenzen nicht mehr systematisch kontrollieren. Dass man die illegale Zuwanderung an der Schengen-Aussengrenze abwehren könne, habe sich aber längst als gefährliche Illusion entpuppt. Als die Schweiz über die Teilnahme an Schengen/Dublin 2005 abstimmte, wurde den Stimmbürgern



versprochen, die Zahl der Asylgesuche würde sinken. Passiert ist das Gegenteil. Italien hat seit Dezember 2022 die Dublin-Rückübernahmen ausgesetzt, was Bund und Kantone noch mehr unter Druck setzt.

Durch die von einer Mitte-links-Mehrheit beschlossene Asylpolitik der letzten Jahre, eine Kombination aus minimalem Grenzschutz,

Die illusionäre Asylpolitik hat die Schweiz zum bevorzugten Zielland für Wirtschaftsflüchtlinge gemacht.

einer grosszügigen Rundumversorgung von Asylsuchenden und hoher Wahrscheinlichkeit auf ein Bleiberecht, hat sich die Schweiz zum bevorzugten Zielland für Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Welt entwickelt. Mit der neuen linken Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider sind die Migrationstüren noch mehr aufgegangen. Sie will die von ihrer Vorgängerin Karin Keller-Sutter (FDP) auf Eis gelegten Resettlement-Programme wieder aufnehmen. Will heissen: Hunderte vom Uno-Hilfswerk ausgesuchte schutzbedürftige Personen sollen aus Flüchtlingslagern eingeflogen werden. Als ob Kantone und Gemeinden nicht schon heute überfordert wären.

BUNDESHAUS Alle dürfen bleiben: Junge Asylbewerber in der Schweiz

Im Schweizer Asylwesen gibt es einen neuen Trend: Viele Gesuchsteller sind erstaunlich jung, ein erheblicher Teil ist minderjährig. Nationalrat Marcel Dettling (SVP) hat von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (SP), der Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, die neusten Zahlen verlangt. Demnach gingen im vergangenen Jahr 2877 Gesuche von sogenannten unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) ein. Fast alle dieser UMA waren männlich (weiblich: 103). Die meisten jugendlichen Asylbewerber gehörten der Alterskohorte der Sechzehn- bis Siebzehn-

jährigen an. Unter vierzehn waren lediglich 95 Personen.

Der eigentliche Aufreger ist allerdings die Tatsache, dass nur die wenigsten UMA als Flüchtlinge anerkannt werden – dass aber trotzdem praktisch alle bleiben können. Wer in die Schweiz einreist und «Asyl, Asyl» ruft, hat bereits gewonnen, egal, ob er ein politischer Flüchtling ist oder nicht.

Die Zahlen im Detail: Von den 2877 UMA, die 2022 ein Asylgesuch eingereicht haben, erhielten bisher lediglich 115 Asyl. Nur gut einer von acht jugendlichen Asylbewerbern entspricht also den Anforderungen des Asylgesetzes und wird als politisch verfolgt ein-



gestuft. Bei 36 UMA wurde das Asylgesuch abgelehnt. Auf 8 Gesuche trat der Bund nicht ein, und bei 158 Personen wurde es abgeschrieben. 668 Verfahren sind noch hängig. Und was ist mit dem grossen Rest? Das ist die entscheidende Frage. Ganze 1892 UMA erhielten die sogenannt vorläufige Aufnahme. Sie dürfen bleiben, obwohl sie in ihrer Heimat nicht politisch verfolgt sind. Wie die Erfahrung zeigt, ist die «vorläufige» Aufnahme praktisch gleichbedeutend mit einem dauerhaften Bleiberecht. Dazu passt diese Aussage von Elisabeth Baume-Schneider: «Es fanden keine zwangsweisen Rückführungen statt (Heimat- oder Drittstaat).»

Fazit: Wenn wir das Asylchaos unter Kontrolle bringen wollen, müssen wir die Praxis der vorläufigen Aufnahme überdenken und Nichtflüchtlinge konsequent ausschaffen.

Philipp Gut